

BLOCK★G7

SMASH CAPITALISM

**Aufruf und Texte zur anarchistischen
Mobilisierung zu den Protesten
gegen den G7 Gipfel 2015 auf Elmau**



GĂIDÃO
ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

Editorial

Liebe Menschen,

mal wieder treffen sich ein paar selbsternannte Staatsoberhäupter zum alljährlichen G7-Gipfel. Dieses Mal auf Schloss Elmau in Bayern. Gründe, dass wir dagegen aktiv werden sollten, existieren ja zu Genüge. Viele davon findet ihr in der Broschüre oder in unserem Aufruf.

Warum eigentlich eine anarchistische Mobilisierung? Dafür gibt es gute Gründe. Wir wollen die Chance nutzen um unsere eigenen Inhalte in die Proteste zu tragen und gleichzeitig den Raum schaffen für neue Kontakte in der anarchistischen Bewegung. Zum einen im Vorfeld durch die Broschüre und zahlreiche Veranstaltungen im deutschsprachigen Raum. Aber auch vor Ort in Form eines eigenen Blocks auf der Demo und Veranstaltungen auf dem Protest-Camp. Dass es durchaus Sinn macht, unsere Inhalte in die soziale Bewegung zu tragen, könnt ihr auch in dem Beitrag "Soziale Proteste: Perspektiven und eigene Handlungsoptionen" nachlesen.

Diese Broschüre, die Kampagne und die anarchistische Mobilisierung zu den Protesten gegen den G7-Gipfel sind durch eine gemeinsame Initiative der Anarchistischen Föderation Rhein/Ruhr und der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen entstanden. Nach der Zusammenarbeit bei der Antimilitarismus-Kampagne 2014 und der gemeinsamen Mobilisierung zu den Protesten gegen die EZB in Frankfurt am Main haben wir zusammen zum Thema G7 einiges auf die Beine gestellt und unsere Zusammenarbeit vertieft.

Wir freuen uns natürlich über die Beteiligung weiterer Gruppen und Einzelpersonen sowie über Kritik und Feedback zu den Texten in der Broschüre. Meldet euch einfach unter blockg7@riseup.net

Ein besonderer Dank geht an die GaiDao, für die Unterstützung bei der Erstellung der Broschüre.

eure G7-AG

Impressum:

Herausgeber*innen:	Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen und Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr
V.i.S.d.P.:	Herbert Münster- Erich-Mühsam-Platz 2 - 80803 München
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Kontakt:	blockg7@riseup.net

Inhalt

- 04** *Einleitung: Wer sind die G7*
- 06** *Aufruf: Smash capitalism!*
- 12** *Kritik am Kapitalismus und der Rolle der G7*
- 15** *Die Rolle der G7 in der internationalen Politik und die Ukraine-Krise*
- 17** *Was ist eigentlich Kapitalismus?*
Eine kurze Einleitung zum besseren Verständnis des Systems und seiner Krisen
- 22** *Soziale Proteste: Perspektiven und eigene Handlungsoptionen*
- 27** *Audiobeiträge vom A-Radio Berlin*
- 28** *Termine rund um den G7-Gipfel*
- 29** *Nützliche Infos und Tipps*
- 30** *Gruppen in der FdA und der AFRR*

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.



Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Einleitung: Wer sind die G7?



★ *Von: Einzelperson aus der FdA*

G7 (Gruppe der 7) ist eine Gruppe, die aus den Staatsspitzen der Länder Italien, Großbritannien, Japan, den USA, Frankreich, Deutschland und Kanada besteht. Ihre Gründung geht auf eine Initiative des damaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt im Jahre 1975 zurück. Sie wollten ein regelmäßiges, informelles Treffen der damals wirtschaftlich stärksten Staaten des westlichen Blocks einführen. Das erste Treffen fand, noch ohne Kanada, als Weltwirtschaftsgipfel (1975) in Rambouillet/ Frankreich statt. Es etablierte sich, dass die Treffen an verschiedenen Orten der beteiligten Länder in einer festen Rotation, die sich bis heute nicht geändert hat, stattfanden. Seit den späten 70er Jahren ist auch

Kanada als festes Mitglied dabei. Ungefähr zu dieser Zeit wurde auch der Name G7 eingeführt.

Der Name Weltwirtschaftsgipfel fiel neben anderen Gründen weg, weil die teilnehmenden Länder zwar einen Großteil der damaligen Wirtschaftsmacht stellten, jedoch wie auch heute noch nur ein Bruchteil der Weltbevölkerung in diesen Ländern lebte. 1981 kam die heutige EU als fester, beratender Gast dazu. Es wurden immer wieder andere Länder eingeladen, um der oben erwähnten Kritik entgegen zu wirken. Diese Länder sind allerdings reine Gaststaaten und können meistens nicht an den Beschlüssen mitwirken.

Die eigentlichen Verhandlungen führen nicht die jeweiligen Staatschef*innen, sondern die sogenannten Sherpas. Diese sind meistens Abteilungsleiter*innen der verschiedenen Ministerien einzelner Staaten. Über die Jahre haben sich Vorgipfel wie beispielsweise der Gipfel der Finanzminister*innen, der dieses Jahr eine Woche vor dem eigentlichen Gipfel in Dresden stattfindet, etabliert. Diese haben den Zweck, einen Großteil der Themen im Vorfeld zu verhandeln und häufig bereits zu beschließen, so dass auf dem eigentlichen G7 Gipfel nur noch abgenickt und verkündet wird. Es herrscht eine Art Konsensprinzip. Beschlüsse müssen einstimmig sein. Es ist allerdings auch möglich, dass der Großteil der Mitgliedsstaaten einem Beschluss zustimmt und sich bei dem Rest einfach nicht beteiligt.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ist Russland ständiger Gast gewesen. 1998 wurde der ehemalige Sowjet-Staat offiziell aufgenommen. Die G7 wurden zur G8. Aufgrund des Ukraine-Konflikts wurde 2014 zuerst das G8-Treffen im russischen Sotschi boykottiert und an anderer Stelle als G7-Treffen abgehalten. Da die Interessen der westlichen Staaten auch aus historischer Sicht sich schon immer von den Interessen Russlands unterscheiden, liegt es nahe, dass der Ukraine-Konflikt nur als Vorwand genutzt worden ist, um Russland loszuwerden. Im Laufe des Jahres wurde Russland komplett ausgeschlossen. So sind die Treffen seit 2014 offiziell wieder G7-Treffen.

Wer wann Gast ist und in die Reihe der Gruppe

aufgenommen wird oder wieder ausgeschlossen wird, können nur die Gründungsstaaten entscheiden.

Zum Schluss noch ein kurzer Abriss zu den vergangenen Gipfeln und ihren Protesten:

Der erste Gipfel mit einer größeren demonstrierenden Menge fand 1985 in Bonn statt. Der Grund hierfür war unter anderem die zu diesem Zeitpunkt starke Friedensbewegung. Bei den nachfolgenden Gipfeln nahm die Anzahl der Demonstrierenden immer mehr zu. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks brach der Protest gegen G7 in den Folgejahren stark zusammen.

1999 fand in Köln das Treffen zum letzten Mal ohne größere Sicherheitsvorkehrungen in der Innenstadt statt.

In Genua 2001 fand die von den staatlichen Machtapparaten initiierten Gegenmaßnahmen zu den Protesten ihren traurigen Höhepunkt, als der Demonstrant Carlo Giuliani durch die Polizei erschossen wurde.

Ab 2002 fanden die Gipfel nur noch an abgelegenen Orten wie Inseln, Berggipfeln oder an hermetisch abgeriegelten und weit abgesperrten Orten, wie 2007 in Heiligendamm, statt.

Dies wurde unter anderem damit begründet, dass sich nach dem 11. September 2001 die Sicherheitslage dramatisch verschlechtert hat. Dies ist sicher nur einer der Gründe.

Smash capitalism!



★ *Von: Anarchistisches Bündnis*

Am 7. und 8. Juni 2015 findet der G7-Gipfel im Schloss Elmau in Bayern statt. Die „Gruppe der Sieben“ setzt sich aus den industriestärksten Nationen der Erde zusammen: den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Italien, Kanada, Großbritannien, Japan und Deutschland. Laut der Bundesregierung sollen die Schwerpunktthemen dieses Jahr Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik darstellen. Wir sind im Begriff dieses Treffen mit einem massiven Protest zu stören.

Die G7...

Die Gruppe der Staats- und Regierungschef*innen entstand als „Erfindung“ des Weltwirtschaftsgipfels im Jahr 1975 als Reaktion auf den wirtschaftlichen Aufschwung europäischer Länder und Japans. Sie sollte eine festigende Allianz der wirtschaftlichen Spitzen der globalisierten Welt darstellen, in deren Atmosphäre über wichtige weltbetreffende Fragestellungen und Problematiken beraten werden konnte. Die G7 ist keine gewählte Vertretung und somit rein rechtlich keine demokratisch legitime Organisation. Somit existiert keine formelle Grundlage, nur ein gemeinsames Treffen, bei welchem unter Ausschluss der Öffentlichkeit – ohne Sitzungsprotokolle – vertrauliche Abmachungen unter den Regierenden geschlossen werden. Die G7 versteht sich als Weltvertretung,

handelt jedoch selbst außerhalb ihres gegebenen Legitimationsrahmens. Das Gipfeltreffen ist ein Demonstration der kapitalistischen Macht, die sich die Staaten selbst gegeben haben und nach außen transportieren. Der diesjährige Ausschluss Russlands aufgrund der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim soll eine symbolische Absage an undemokratische Methoden sein, wie sie die G7 selbst jedoch weltweit einsetzen. Tatsächlich geht es auf beiden Seiten um wirtschaftliche, geopolitische Interessen und Machtausdehnung. Die Definition von Menschenrechten und Demokratie ist den einzelnen Staatsorganen überlassen. Sei es bei der Abschottung an den Grenzen Europas und Nordamerikas, der Repression und Ausbeutung der Bevölkerung oder der Umweltzerstörung zu Gunsten des ökonomischen Fortschritts.

... und deren Umgang mit Protesten

Durch Massenproteste der letzten Jahre und Jahrzehnte ist es immer wieder gelungen, die Illegitimität des Zusammentreffens und seine dadurch resultierenden Folgen aufzuzeigen und dieses teilweise zu blockieren. Wir wollen an diese Erfolge anknüpfen und durch gezielte Aktionen den Gipfel soweit wie möglich stören. Hierbei lassen wir unsere Aktionsformen nicht in „gutes“ und „böses“ Handeln spalten. Dies beinhaltet auch, einen Schwerpunkt auf die gegenseitige Solidarität zu setzen um einen wirkungsvollen Protest zu erreichen. Die Gipfeltreffen stehen in der Tradition, Gegenstimmen keinen Raum zu geben und jegliche Störung des repressiven „Friedens“ zu unterbinden. So wurden den Demonstrierenden zu jedem bisherigen Protest, auch schon in der Vorbereitungszeit, massive Verfolgung und Grundrechtsversagung zuteil. 2001 gipfelten diese Protestniederschlagungen in der Erschießung des Demonstranten Carlo Giuliani und der gewaltvollen Räumung der Días-Schule in Genua durch die Polizei. Carlos Vater äußerte sich nach Carlos Tod: „Mein Sohn ist ermordet worden und das war nicht eine Einzelperson, sondern der Staat.“ Auch wir sehen diese Angriffe klar als geplante und brutale Repression gegen unsere Proteste und unseren Widerstand. Der Gipfel ist ein Symbol für Ausbeutung, Autorität, Unterdrückung und Zerstörung. Wir appellieren mit unserem Protest aber nicht an den Staat bzw. an die G7, da wir staatliche Strukturen als Mittel zur Exklusion und autoritärer Unterdrückung ablehnen. Wir kämpfen nicht für eine bessere globale Politik, sondern für eine Dekonstruktion der auf wirtschaftlichen Interessen basierenden herrschenden Verhältnisse. Wir protestieren gegen

die Machtausübung der G7 und die Folgen ihrer politischen Handlungen. Deshalb rufen wir zu den Protesten gegen den G7-Gipfel 2015 auf.

Gegen menschenverachtende Asylpolitik und Rassismus

Die Bilder aus Lampedusa, die uns 2014 erreichten, sind die Spitze eines größtenteils ignorierten Eisbergs. Im besten Falle „ignoriert“. Denn die aktive Grenzabschottung Europas und Nordamerikas ist kein Versehen oder eine Notlösung, sondern eine gewollte Ausgrenzung Geflüchteter. Krieg, Verfolgung, Folter und Hunger oder einfach nur die Sehnsucht nach einem besseren Leben bringt hunderttausende Menschen jedes Jahr dazu, aus ihrer Heimat in „westlichdemokratische“ Länder zu fliehen. Viele von ihnen werden jedoch schon vor den Grenzen wieder von Organisationen wie z.B. Frontex mit sogenannten „Push-back“-Aktionen abgedrängt. Diejenigen, die es schaffen, Fuß in einem Gebiet zu fassen, werden mit Gesetzen schikaniert. Dazu gehören, besonders in Bayern, wo die G7-Staaten sich treffen, die Residenzpflicht, das Betätigungsverbot und die Lagerpflicht. Dies ist unter anderem zurückzuführen auf eine nationalistische Verwertungslogik der bestehenden Staaten. Es wird in nützlich und unnützlich getrennt. Gibt es eine internationale Öffnung, dann nur zu Gunsten von Effizienz- und Produktivitätssteigerung, nicht für meist mittellose Geflüchtete. Daher ist es nicht verwunderlich, dass rassistische Hetze wie z.B. die von „Pegida“ bei vielen Politiker*innen auf Verständnis und nicht auf Empörung stößt. Besonders industriestarken und „entwickelten“ Nationen, wie sie in den G7 vertreten sind, ist jedes Mittel recht, ihre Festung zu verteidigen.

Dazu kommt ein rassistischer Grundkonsens, der, nicht nur in Deutschland, Tradition hat. Mit der jüngsten Mordserie an neun migrantisch-stämmigen Menschen und einer Polizistin durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), zeigte sich durch die einseitigen Ermittlungen, wie stark die Behörden in Ressentiments denken. Unter anderem wurde jahrelang gegen Angehörige der Ermordeten und Verletzte des Keupstraßenanschlags ermittelt, obwohl die Betroffenen schon anfangs Neonazis hinter den Taten vermuteten. Grund hierfür ist ein institutioneller Rassismus und die Verstrickung der deutschen Behörden in die Naziszene. Auch durch den Münchner NSU-Prozess werden diese Strukturen nicht offengelegt, von staatlicher Seite besteht hierfür auch kein Bedarf. Rassistische Denkweisen sind in allen G7-Ländern keine Randerscheinungen, sondern auch Mittel zur nationalen Erhaltung. Unser Ziel ist eine Welt ohne Grenzen und ohne Barrieren, die mit Gewalt verteidigt werden und ein solidarisches Miteinander aufhalten. Wir sehen in den G7 ein Symbol für Abschottungspolitik und Privilegienvorherrschaft, gegen die wir uns entschieden stellen.

Gegen Ausbeutung und Unterdrückung

Als Wirtschaftsgipfel gegründet, sind die Schwerpunkte des Treffens interne und vertrauliche Abstimmungen ökonomischer Interessen. Abmachungen, die zwischen den Industrienationen getroffen werden, sollen später Gültigkeit für den Rest der Welt erhalten. Möglich ist dies durch die wirtschaftliche Stärke der Mitgliedsstaaten, in denen 68 der 100 größten Konzerne ihren Sitz haben. Die G7 sind Hauptakteure - und Profiteure - der sogenannten Globalisierung, jenes wirtschaftlichen und sozialen Verdrängungskampfes, der nach dem Ende des "kalten Krieges" weltweit eingesetzt hat. Hauptaugenmerk allen Fortschritts ist die ökonomische Produktivität. Individualität ist Leistung untergeordnet, um auch eine möglichst konforme Gesellschaft zu konstruieren. Unsere Freiheit misst sich jedoch nicht an ihrer Effizienz. Es gilt die Devise „Fight the game, face the players!“. Verantwortlich für kapitalistische Unterdrückungsmechanismen sind nicht die einzelnen G7-Staaten und ihre Regierungschef*innen. Sie reproduzieren jedoch die einstudierten Vorgänge der Leistungsgesellschaft und erhe-



ben Sanktionen gegen diejenigen, welche sich nicht an die Gesetze des unumstritten herrschenden Kapitals halten oder halten können. Wir bekämpfen die G7 als Symbol des Kapitalismus und der Intension, Menschen Kapitalidealen unterzuordnen. Die Interessengemeinschaft fördert ein konkurrierendes, repressives Gegeninander der Menschen in und außerhalb der G7-Staaten. Vor allem ist dies erkennbar im Umgang mit sogenannten „Entwicklungsländern“, in denen „billige Arbeitskräfte“ und Ressourcen zum Wohle der „westlich-zivilisierten“ Welt ausgebeutet werden und somit eine Kontrolle erzeugen. Solche neokolonialistischen Ansätze schüren die Machtpositionen und Monopolstellungen der Wohlstandsnationen wie z.B. Deutschland. Es geht uns um mehr als nur eine bessere Verteilung der Produktionsmittel. Wir sind für ein ganz anderes Ganzes, in dem nicht Leistung um der Leistung willen, sondern ein solidarisches Miteinander auf freiwilliger Basis entscheidend ist. Diese Solidarität kann nicht durch aufgezwungene transnationale Verbindungen oder Finanzausgleiche, sondern nur durch die gemeinsame Dekonstruktion von Staat, Nation und Kapital entstehen.

Gegen die Rüstungspolitik der G7

Circa 30 Milliarden Euro gibt die deutsche Regierung im Jahr für Rüstung aus: Deutschland ist ein Exportweltmeister der Waffenindustrie und steht mit an der Spitze der G7-Staaten. Diese haben insgesamt ein Jahresbudget von über 900 Milliarden Dollar für Kriegsgerät und Militärs. Vieles von diesem Geld fließt in sogenannte „Friedenseinsätze“, die zur Stabilisierung von Kriegs- und Krisengebieten beitragen sollen. Diese Interventionen dienen angeblich

der Demokratisierung der Welt, sind jedoch Stützen für ökonomische und politische Abhängigkeitsverhältnisse. Wie erfolgreich außerdem „Friedenseinsätze“ laufen, zeigt sich am Beispiel Afghanistans mit dem deutschen Bombardement der Zivilbevölkerung bei Kunduz im Jahr 2009. Andere Einsätze wie zum Beispiel der (größtenteils US-amerikanische) „War on terror“ schüren Ressentiments und stärken damit ein nationalistisches, exklusives Gemeinschaftsgefühl. Ebenso steht zumindest die Bundeswehr in Tradition der Wehrmacht und zelebriert deren Verbrechen öffentlich. Zum Beispiel finden sich im bayerischen Hinterland, wo auch der diesjährige Gipfel stattfindet, unzählige Dörfer, in denen rechte Traditionspflege in Form von geschichtsrevisionistischen Wehrmachtsgedenken an der Tagesordnung steht. Explizit in Mittenwald, keine zehn Kilometer von Schloss Elmau entfernt, feiern sich jedes Jahr alte und neue Nazis bei einem sogenannten Traditionstreffen. Krieg militarisiert die Welt und die jeweilige Gesellschaft und schürt gezielt globale Konflikte um Ressourcen, Staatsgebiete und Machtverhältnisse. Westlicher „Frieden“ impliziert bewaffnete Konflikte anderswo. Militär bedeutet für uns Unterdrückung, Folter und Mord als Mittel zur angeblichen Krisenbewältigung und Sicherung der „westlichen Freiheit“. Staat heißt immer Militär und heißt immer Krieg. Lediglich gibt es zwischen den Kriegen Phasen des Friedens. Jeder Staat muss immer danach trachten stärker zu sein als andere Staaten. Er wird immer daraufhin arbeiten, seine wirtschaftlichen Interessen gegenüber anderen Staaten durchzusetzen. Sind die Umfeldparameter für die eigenen Interessen nicht ausreichend, wird er, wenn er dazu in der Lage ist und wenn

auch als "spätes" Mittel, seine Ziele militärisch durchzusetzen. Auch wenn er sich dabei Allianzen mit anderen Staaten bedienen muss.

Gegen Umweltzerstörung

Selbstgesetztes Ziel der G7-Staaten ist der nachhaltige Schutz der Umwelt. Innerhalb der einzelnen sieben Länder ist dies jedoch ein utopischer Vorsatz. Während in Japan nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima Wasser, Luft, Boden und Nahrungsmittel in der land- und meeresseitigen Umgebung des Atomkraftwerkes Fukushima I kontaminiert sind, ignorieren die politischen Spitzen der G7 die verheerenden Folgen, welche Nuklearenergie schafft. Die Lösung des Problems bringt nicht die geplante „Energiewende“ der Bundesregierung, da dies letztendlich nur zur Fremdbeschaffung der Atomkraft führt (z.B. von Frankreich). Die Risiken, welche von Atomkraftwerken ausgehen, sind dystopischen Ausmaßes. Trotzdem werden sie von Staatsregierungen mit Geldern in Millionenhöhe gefördert. Ebenso verhält es sich mit dem Stein- und Braunkohleabbau, der nicht nur Böden und Landschaften und mit ihnen auch den Existenzrahmen der dort ansässigen Lebewesen zerstört, sondern auch Zwangsenteignungen von Grundstücken zur Flächennutzung mit sich bringt. Insgesamt spielen auch weltweite Monokulturen meist großer Konzerne mit ein. Natürliche Vegetationen und geschützte Flächen werden wirtschaftlich orientiert durch einseitigen Anbau abgenutzt und zur ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit mit Pestiziden behandelt, die nicht nur der Erde, sondern auch den Menschen, die in unmittelbarer Nähe wohnen oder damit arbeiten müssen, schaden. Vor allem in südli-

chen Ländern, beispielsweise in Lateinamerika, sind ganze Dörfer von den Folgen der giftigen Düngemittel, entwickelt von Firmen wie Bayer oder Monsanto im Auftrag des Staates, durch enorme gesundheitliche Schädigungen beeinträchtigt. Auch in der Nutzung der Umwelt und ihrer natürlichen Ressourcen ist Effizienz das Essenzielle. Ein Beispiel hierfür ist auch die Genmanipulation von Lebensmitteln, die nicht absehbare Risiken bergen. Ein nachhaltiger Umgang mit der Erde ist Grundlage des lebensbejahenden Freiheitskampfes und aller späteren Existenz, auch der befreiten solidarischen Gesellschaft. Die Umweltzerstörung der Herrschenden, ist die Negation unserer Zukunft. Die Scheinheiligkeit der G7-Staaten beim Thema Umweltschutz zeigt sich zuletzt bei der Wahl des Tagungsortes 2015 im ökologisch sensiblen Werdenfelserland. Für die tatsächlichen zwei Tage der Besprechungen bedarf es massiver Eingriffe in das Naturschutzgebiet rund um Schloss Elmau. Es müssen mehrere Straßen und Hub-schrauberlandeflächen gebaut sowie diverse Leitungen und Ersatzleitungen verlegt werden.

Gegen den Staat

Als Anarchist*innen sehen wir den Staat als patriarchalen überwachenden Unterdrückungsmechanismus, der bestehende Hierarchien durch beispielsweise Gesetzgebung und Institutionen nicht beseitigt, sondern im Gegenteil festigt und reproduziert. Rühmen sich auch die G7-Staaten, demokratisch und modern zu agieren, so sind doch die Menschen in den Nationen, welche sich nicht hierarchiebejahend unterordnen, Zielscheiben von Repression und Entrechtung. Grenzen dienen zur Ab- und Ausgrenzung der „Anderen“. Stolz auf die Nation zu sein, heißt, ein Land



mit allen seinen historischen Kapiteln, sozialen wie politischen Verhältnissen, Verdrängungen und überlieferten Normen zu zelebrieren. Dies bedeutet in Anbetracht der herrschenden Ordnung ein Ignorieren, Umdeuten oder Gutheißern von rassistischen Normalzuständen, Heteronormativität, Sexismus, Patriarchat, Sozialchauvinismus, Leistungsdruck und anderen menschenverachtenden Freiheitsberaubungen. Die Wege der Nation zur „Stabilisierung“ der Ökonomie führen zu einer gewollt ungerechten Verteilung zu Gunsten der Autoritäten.

Der Protest gegen G7 ist gleichzeitig der Protest gegen Staat, Nation und Kapital. Staaten egal welcher Ausprägung sind immer Institutionen zur Sicherung der Machterhaltung privilegierter Gruppen. Kapitalistische Staaten, ebenfalls egal welcher Ausprägung, unterstützen, sichern und schützen zudem das Kapital.

Was wir wollen

Die Liste dessen, was wir ablehnen, ist lang. Wir könnten an dieser Stelle noch viele weitere Punkte aufführen. Ebenso umfangreich ist die Fülle unserer Vorstellungen, Ideen und Ziele, weswegen wir uns in diesem Aufruf auf wenige zentrale Punkte beschränkt haben: Als Anarchist*innen eint uns das Ziel, eine solidarische, respektvolle, gewalt- und herrschaftsfreie, also eine emanzipatorische Gesellschaft aufzubauen. Ein solches Vorhaben ist in den herrschenden Verhältnissen nicht ohne weiteres möglich, da im Kapitalismus nicht die Bedürfnisse aller Menschen, sondern einzig eine nach Profitmaximierung ausgerichtete Verwertung aller Lebensbereiche im Vordergrund stehen. Um einer befreiten Gesellschaft näher zu kommen, müssen wir uns mit alltäglichen Herr-

schaftsverhältnissen und Unterdrückungsmechanismen kritisch auseinandersetzen und sie letztlich als Ganzes überwinden. Dabei bleiben wir nicht bei der Forderung nach weniger Arbeit, uneingeschränktem Bleiberecht, billigem Wohnraum oder kostenloser Bildung stehen, sondern fordern den materiellen, kulturellen und sozialen Reichtum für alle. Einem Leben wie wir es uns wünschen, in Selbstbestimmung und Solidarität, muss ein von Gleichberechtigung und Respekt geprägter Umgang zugrunde liegen. Sicherlich ist es noch ein sehr langer Weg bis dorthin, aber wir tragen unsere Vorstellungen und Hoffnungen mit uns. Um unseren Zielen Schritt für Schritt näher zu kommen, bauen wir bereits im Hier und Jetzt alternative Strukturen auf, treten Missständen auf vielfältige Art und Weise entgegen und erlernen, ohne Ellenbogenverhalten oder Mehrheitsentscheide, sondern im Konsens unsere Entscheidungen zu treffen. Um die vorhandenen Hierarchien und Unterdrückungsmechanismen überwinden zu können, müssen wir sie und unsere eigene Rolle dabei erkennen, reflektieren und jeden Tag aufs Neue hinterfragen. Wir wollen die Hierarchien bekämpfen, die Menschen in einer Gesellschaft nach Macht und Nicht-Macht, in höhere und niedere Statusgruppen einteilen. Hierzu ist es nötig aktiv zu werden. Unseren Protest werden wir an den Aktionen rund um den G7-Gipfel in die Öffentlichkeit tragen, denn dies ist nicht das Ende der Geschichte! Kommt und beteiligt Euch zahlreich an den Aktionen gegen den G7-Gipfel, das Symbol für Unterdrückung und Ausbeutung!

Enjoy the fight! The future is still unwritten!

Kritik am Kapitalismus und der Rolle der G7



★ Von: *Libertäre Aktion Frankfurt (Oder)*

Kapitalismus. Die Wirtschaftsordnung, die sich seit etwa 200 Jahren auf dem Planeten verbreitet; der Zerstörungsmechanismus für Mensch und Umwelt, realisiert durch Selbst- und Fremdausbeutung; eine lebensfeindliche Wirtschaftsordnung, die durch das Predigen von Konkurrenz zwischen allem und jedem dafür sorgt, dass jegliche Vernunft und ethisch bewusstes Handeln auf der Strecke bleiben. Manche benutzen ihn, um ihre künstlich ins Vielfache gesteigerten Bedürfnisse nach Macht, Erfolg und Prestige in Form von beispielsweise teuren Autos, Yachten oder Anwesen, wenn nötig mit Gewalt, zu befriedigen.

Andere wiederum verzweifeln an seiner Logik und seinen Folgen, ohne ihn benennen zu können. Wer kennt sie nicht, die Gefühle von Ohnmacht, Hilflosigkeit, ständigem Leistungsdruck und nicht enden wollendem Druck. Aber muss ja, stimmt's? Das wagen wir stark zu bezweifeln.

Auf den ersten Blick scheint es so, als würden alle augenscheinlich besonderen Aktivitäten, die man sich wünscht zu tun oder zu besitzen, mit Geld zusammenhängen. Bis auf wenige Ausnahme sind sämtliche Aktivitäten und besitzbare Gegenstände verwarenformigt und nach

kapitalistischer Eigentumslogik in der Hand irgendeines Menschen. Wer was besitzt und was wieviel kostet bestimmt der Markt. Für viele Gering- oder Schlechtverdienenden bedeutet dies bereits Resignation. Resignation darüber, dass sie nicht den selben Aktivitäten wie die besser verdienende, herrschende Elite nachgehen können, zum Beispiel einem 5-Sterne Urlaub im super teuren Wellness-Spa in Monaco, verbunden mit ein paar Runden im Ferrari um den Monaco Circuit. Resignation darüber, dass die Arbeit des einen die Zeit des anderen ist. Zeit, die Menschen dazu nutzen könnten, ihren Interessen nachzugehen – was deutlich unbeschwerter vonstatten geht, wenn man zumindest vorübergehend einmal nicht mit Existenzängsten und kapitalistischen Daseinszwängen konfrontiert wird. Diese reichen von der Angst, seine Wohnung durch die nächste anstehenden Sanierung aufgrund prekärer Arbeitsverhältnisse nicht bezahlen zu können, über den Zwang, am nächsten Tag schon wieder auf eine Arbeit zu müssen, der wir vielleicht gar nicht aus Interesse nachgehen, sondern aus der Not heraus, uns mit Nahrung und sonstigen Gütern des täglichen Bedarfs versorgen zu müssen, bis hin zum Druck, dem wir durch öffentliche Ämter und Institutionen ausgesetzt sind, um das Bestehende aufrecht zu erhalten.

Kapitalismus funktioniert profitorientiert, anders wäre das ihm innewohnende Prinzip des endlosen Wachstums gar nicht möglich. Das äußert sich nicht nur unter Menschen in einem Wettbewerb ohne Sieger*innen, nein, darunter haben auch Subjekte ohne Stimme zu leiden. Endloses Wachstum und sogenannter Fortschritt nehmen oft keine Rücksicht auf Natur und nicht menschliche Lebewesen. Die Schnellebigkeit von Wirtschaft und Produktion sorgen dafür,

dass unter dem Prinzip der Gewinnmaximierung Schäden an Natur und den Lebensräumen von Tieren bedingungslos in Kauf genommen werden. Es existieren mittlerweile umfangreiche Kenntnisse über umweltfreundliche Technologien und ressourcenschonende Produktion, jedoch werden diese in ungenügendem Maße durchgesetzt oder zum Wohle der Profitmaximierung komplett über Bord geworfen, so wie im Falle der sogenannten Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika sowie der Europäischen Union TTIP, CISA und CETA. Auch sogenannter Emissionshandel ist keine Erfindung zum Wohle der Umwelt, sondern dient nur als internationale Legitimierung zur Umweltzerstörung. Umweltfreundliches Wirtschaften stellt in einem kapitalistischen Produktionsprozess einen Kostenfaktor dar, der entweder die Gewinne schmälert, oder dessen Produkte aufgrund ihres höheren Marktwerts nur einer privilegierten Anzahl von Menschen zugänglich gemacht werden. Die G7 diktieren das Geschehen und haben auf ihrer Agenda regelmäßig Klimaschutz stehen – dort jedoch scheint es nur darum zu gehen, wie dieser am glaubwürdigsten am Markt verkauft werden kann.

Die G7-Staaten mitsamt ihren sogenannten westlichen Werten verkörpern die entsprechende Politik, die dieses Getriebe aus abertausenden von Verzahnungen seit jeher in die Welt hinaus trägt. Bei den G7 trifft imperialistische Wirtschaftspolitik auf parlamentarische Demokratie, in der sich Minderheiten ausbeutender Mehrheiten konstituieren. In der gesellschaftlicher Konsens nicht erwünscht ist, denn das würde den Konkurrenzdruck zum Erliegen bringen. In der es zur Norm geworden ist, sich am Elend anderer zu bereichern. In der Ideen nur noch entstehen, um

verkauft und gekauft werden zu können – ganz egal ob sie Rück- oder Fortschritt darstellen.

Menschen, Bewegungen, Initiativen und Organisationen, die für eine antikapitalistische Gesellschaftsalternative – basierend auf emanzipatorischen Werten – kämpfen, wird von vornherein das Leben schwer gemacht beziehungsweise dringend notwendige Unterstützung verwehrt. Aktuell können wir das vor allem in den derzeit im Aufbau befindlichen, autonomen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava, dem syrischen Teil Kurdistans, sehen. Der ansonsten weltweit so boomende Waffenexport, an dem die G7-Staaten weltweit den Hauptanteil verzeichnen, bleibt hier auf einmal auf der Strecke – gerade da, wo die Hilfe in Anbetracht der Bedrohung des Gebietes durch die faschistischen IS-Kräfte akut benötigt wird. Dass solcherlei Hilfslieferungen den Staaten im herrschenden System keinen Vorteil (erst recht keinen finanziellen) gebracht hätten, ist nur ein Fakt neben vielen. Nicht nur, dass es keine Unterstützung für die Region gibt, nein, dem türkischen Staat wird auch noch freie Hand gelassen, in der Unterstützung der Dschihadist*innen, welche die Region bedrohen. Es ist einer starken internationalen Solidarität, welche nicht auf Basis von Staaten entstanden ist, sondern auf Grundlage des Entzugs der Verantwortung selbiger, zu verdanken, dass der umkämpfte Kanton Kobané mittlerweile von Faschist*innen befreit ist. Das internationale PKK-Verbot und die Gleichsetzung der kurdischen Arbeiterpartei mit internationalen Terrorist*innen entbehrt nicht nur jeder Grundlage, sondern ist für die Menschen vor Ort auch eine weitere Hürde im Befreiungskampf. Die G7-Staaten als selbststilisierte Elite von Herrschenden über den Planeten trägt ihren maßgeblichen

Teil dazu bei. Den Kämpfer*Innen in den Dörfern um Kobané und in den weiteren beiden Kantonen ist zu wünschen, dass sie sich auch zukünftig erfolgreich gegen IS-Kräfte erwehren werden und dass sie dabei weiterhin aus den Mitteln internationaler Solidarität schöpfen können.

Wir stellen uns entschieden gegen ein System, in dem in Blut gewaschenes Kapital weiter fröhlich seine Runden drehen darf und kämpfen für die Überwindung der jetzigen Zustände. An dieser Stelle bleibt zu sagen, dass wir weder den Masterplan für die sogenannte bessere Welt besitzen noch Lösungen für sämtliche Ungerechtigkeiten auf dem Planeten haben. Es liegt jedoch an uns und an euch als Leser*innen dieser Broschüre, Lösungsansätze für eine globales Miteinander zu entwickeln, dass allen Bedürfnissen gerecht wird. Verschiedenste Formen der Unterdrückung, Krieg und ein Sozialchauvinismus, den es nur im Kapitalismus geben kann, zeigen uns, dass das aktuell überhaupt nicht der Fall ist. Solange unser ungezwungenes Glück, oder besser gesagt aufgezwungenes Unglück, von einem Markt abhängt, auf den wir als einzelne Menschen oft nur ungenügend Einfluss haben, stehen wir ein für eine nicht-kapitalistische Gesellschaftsalternative auf den Grundsätzen der Gegenseitigen Hilfe und der freien Vereinbarung. Diese sollte möglichst ökologisch ausgerichtet sein, um unserer Nachwelt keine Trümmer zu hinterlassen. Um dieses Leben so lebenswert wie möglich zu gestalten, setzen wir uns zudem für die Befreiung eines jeden Individuums von seinen Ketten ein, die durch eine kapitalistische Weltordnung oft noch verstärkt werden.

Die Rolle der G7 in der internationalen Politik und die Ukraine-Krise



★ Von: Ben (*Anarchistische Initiative Kaiserslautern/Kusel*)

Der Konflikt in der Ukraine, der in einem Krieg zwischen der neuen ukrainischen Regierung und separatistischen Rebellen mündete, sind die Interessengegensätze zwischen Russland und den Staaten des 'Westens' wieder offen hervorgetreten. Aus globaler Sicht handelt es sich hierbei um einen Konflikt zwischen imperialistischen Mächten(1): Sowohl die EU als auch Russland wollen ihren wirtschaftlichen Einfluss in der Ukraine ausbauen und festigen(2) und führen

dafür einen Stellvertreterkonflikt im Osten des Landes. Während Russland die Separatisten unterstützt, helfen die westlichen Staaten der ukrainischen Regierung mit Milliardenkrediten und militärischem Know-How, ohne die diese kaum zum Krieg-führen in der Lage wäre. Verständlicherweise können Anarchist*innen weder russische, noch ukrainische Nationalisten unterstützen und ebensowenig die Interessenpolitik westlicher Regierungen(3).

Infolge dieses Konflikts kam es zum Ausschluss Russlands von den G7-Gipfeln und zu Wirtschaftssanktionen gegen das Land. Die deutsche Bundesregierung erklärte dies damit, die G7 sei eine Wertegemeinschaft: "Freiheit und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Sicherheit, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung sind zentrale Grundsätze der G7."⁽⁴⁾ Tatsächlich zählen aber nicht nur Demokratie und Menschenrechte zu ihren Zielen, sondern auch der freie Zugang zu Rohstoffen, Freihandel und Abbau von 'Handelshemmnissen', Privatisierungen und 'stabiler Finanzen'; also alles, wofür der Kapitalismus westlicher Prägung steht. Auch wenn die G7 also Fragen der Ökologie und der Gleichberechtigung der Frau auf die Agenda setzen, sind sie immernoch die mächtigsten Vertreter eines ka-

pitalistischen Systems, das Armut, Ausbeutung und Kriege verursacht. Sie verteidigen als solche ihre Interessen notfalls auch mit Gewalt gegen andere Staaten (wie Russland und China), die ihren Einfluss ausweiten wollen, oder linke Reformregierungen (z.B. in Lateinamerika), welche die wirtschaftliche Vormachtstellung westlicher Staaten infrage stellen. Sie setzen zusammen mit ihnen nahestehenden Organisationen wie Weltbank und IWF neoliberale Programme in finanzschwachen Staaten durch. Und sie sorgen so für den Erhalt des Kapitalismus, den wir ablehnen, weil er Ungleichheit, Armut und damit auch Gewalt erzeugt.

Wir wollen eine Welt des Friedens und der Solidarität!

(1) Diese Definition mag verkürzt erscheinen, Ziel dieses Textes ist aber auch nicht, den Ukraine-Konflikt detailliert zu erläutern, sondern die Rolle der G7 in der internationalen Politik zu beleuchten.

(2) Der Anteil des Außenhandelsumsatzes der Ukraine mit Russland und den anderen GUS-Staaten (u.a. auch Weißrussland, Kasachstan und Moldawien) machte 2013 35,6% aus, derjenige mit den EU-Staaten 31,2%

(3) siehe dazu z.B. die Erklärung der Autonomen Arbeiter*innen Union (Ukraine) linksunten.indymedia.org/de/node/117149

(4) <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/11/2014-11-18-g7-themen.html;jsessionid=2465D999B80F1EC AFCEB1822799FD4 C5.s2t1?nn=393164>



Was ist eigentlich Kapitalismus?

Eine kurze Einleitung zum besseren Verständnis des Systems und seiner Krisen



★ Von: *Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen*

Unter dem Begriff Kapitalismus versteht man die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die zurzeit in den meisten Teilen der Welt vorherrscht und weitergehend auch die Geschichtsepoche, in der wir leben. Die zentralen Instrumente stellen dabei das Recht auf Privateigentum, Geld als Tauschmittel, um Privateigentum zu erwerben, und die Preisbildung für Güter über dezentral organisierte Märkte dar, mit dem (vorgeblichen) Ziel den größtmöglichen Wohlstand für „alle“ zu schaffen.

Der Kapitalismus basiert auf der Annahme, dass alle Menschen Bedürfnisse haben, deren Befriedigung sie anstreben. Um diese zu befriedigen, sind die Menschen bereit, ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt Unternehmen anzubieten, um auf diese Weise Geld als Gegenleistung zu erhalten. Daher entsteht ein direkter Bedarf nach einem oder mehreren Gütern (in der Volkswirtschaftslehre nennt man mit Kaufkraft gedeckte Bedürfnisse Bedarf). Tritt dieser Bedarf direkt am Markt auf, d. h. wenn Menschen in den Su-

permarkt gehen und einkaufen, spricht man von Nachfrage.

Die Nachfrage nach Konsum- und Produktionsgütern stellt zusammen mit dem Angebot die Kernaspekte des kapitalistischen Wirtschaftslebens dar. Denn das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage am Markt führt zur Preisbildung des jeweiligen Gutes. Was bedeutet, dass ein Unternehmen eine bestimmte Menge eines Produktes zu einem bestimmten Preis auf einem Markt anbietet, wird das Produkt zu diesem Preis vom Nachfrager im erhofften Maß abgenommen, kann der Preis beibehalten werden. Wenn das Produkt hingegen in einem schlechteren Maß oder gar nicht abgenommen wird, muss der Preis gesenkt oder sogar vom Markt genommen werden. Lässt es sich besser verkaufen, kann der Preis gehoben werden.

Diese Tatsache führt zu heftigen Konkurrenzkämpfen zwischen Unternehmen, die ähnliche Produkte anbieten. Denn je günstiger ein Produkt angeboten werden kann, umso besser wird es sich verkaufen. Daher werden die Produktionsprozesse der Unternehmen etwa durch Automatisierung immer weiter rationalisiert, um die Produktionskosten zu senken. Dies hat jedoch auch erhebliche Auswirkungen auf Nachfragerseite, denn aufgrund der immer weiter fortschreitenden Automatisierung gibt es generell schon weniger Arbeitsplätze und die Anforderungen an die Tätigkeiten der Arbeiter*innen sind sehr hoch. Was im Endeffekt dazu führt, dass es auch zur Konkurrenz der Arbeitnehmer*innen um die Arbeitsplätze kommt, die bereits in der Schule beginnt.

Somit könnte man Schlussfolgern das der Kapi-

talismus zu einer egoistischen Leistungs- und Konsumgesellschaft führt, da die höchste Priorität – nämlich die Befriedung der eigenen Bedürfnisse durch Konsum ist –, allerdings steht diese nur denen zu, die auch im Sinne des Arbeitsmarktes verwertbar sind. Alle anderen sind vom gesellschaftlichen Leben nahezu ausgeschlossen.

Diese Definition des Kapitalismus spiegelt nicht die Meinung oder das Verständnis der Autor*innen wider, sondern soll lediglich die Mechanismen erläutern. Aus Zeit- und Platzgründen verzichten wir an dieser Stelle (leider) auf eine genaue Analyse und Kritik dieses unmenschlichen Systems, welches unserer Ansicht nach auf der Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur durch den Menschen zum Zwecke der Profitmaximierung beruht.

Warum dieses System nicht funktionieren kann und wer an der vorherrschenden Krise des Kapitals schuld ist:

Statt nach „Schuldigen“ müssen wir nach den systemischen Ursachen der Verschuldungsdynamik suchen. Diese gigantischen Schuldenberge sind in den vergangenen Jahrzehnten entstanden, weil sie notwendig waren, um den Kapitalismus überhaupt funktionsfähig zu erhalten. Ohne Schuldenmacherei zerbricht das System an sich selbst. Private und/oder staatliche Verschuldung stellt im zunehmenden Maße eine Systemvoraussetzung dar, ohne die der Kapitalismus nicht mehr reproduktionsfähig ist.

Wir müssen uns nur vergegenwärtigen, dass die Kreditaufnahme eigentlich einen Wechsel auf die Zukunft darstellt, bei dem Finanzmittel im Hier und Jetzt zur Verfügung gestellt werden,

die erst später vom Kreditnehmer erwirtschaftet und zurückgezahlt werden müssen. Und diese Kredite werden ja für Investitionen, Bautätigkeit oder Konsum aufgewendet. Somit schafft die Verschuldung eine zusätzliche, kreditfinanzierte Nachfrage, die stimulierend auf die Wirtschaft wirkt.

Im Endeffekt ist es egal, ob der Staat, die private Wirtschaft oder die Konsumenten sich verschulden: Gemeinhin stimuliert diese kreditgenerierte Nachfrage die Konjunktur und führt zu weiterem Wirtschaftswachstum. Ob nun der amerikanische Staat neue Marschflugkörper ordert, in Spanien zu Spekulationszwecken neue Ferienhäuser gebaut oder in Osteuropa Konsumentenkredite vergeben werden: All diese Aktionen generieren Nachfrage, schaffen Arbeitsplätze und beleben die entsprechenden Industriezweige. Wenn die Verschuldungsdynamik stark genug ist, dann entsteht eine sogenannte Defizitkonjunktur. Hierbei handelt es sich um einen Wirtschaftsaufschwung, der durch das Anhäufen von Schulden, also von Defiziten, getragen wird.

Der Kapitalismus als ein Weltsystem kann ohne diese Defizitkonjunkturen und die damit einhergehenden Ungleichgewichte nicht mehr funktionieren: Sobald die – private oder staatliche – kreditgenerierte Nachfrage wegbricht, setzt

eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale ein, in der Überproduktion zu Massenentlassungen führt, die wiederum die Nachfrage senken und weitere Entlassungswellen nach sich ziehen.

Da der Finanzkrach dem Wirtschaftseinbruch vorangeht, kann der Eindruck entstehen, dass die Finanzmärkte die reale Wirtschaft in den Abgrund gestoßen haben. Tatsächlich aber hielten die Finanzmärkte durch ihre Kreditvergabe die reale Wirtschaft überhaupt am Laufen, indem sie – wie ausgeführt – kreditfinanzierte Massennachfrage erzeugten. Die Finanzmärkte ermöglichten erst die besagten Defizitkonjunkturen, da der Kredit ja generell die wichtigste „Ware“ der Finanzwirtschaft bildet.

Erst der Zusammenbruch der Immobilienblasen in 2008 und die damit einhergehende „Kreditklemme“ ließen die Nachfrage wegbrechen,



was zur Wirtschaftskrise von 2009 führte. Das jahrzehntelange Wachstum der Finanzmärkte ist selbst Folge der oben beschriebenen, aus fortschreitenden Rationalisierungsschüben resultierenden Krise der Arbeitsgesellschaft. Kapital strömt nun mal dort hin, wo die höchsten Renditen zu erwarten sind. Den Bankern maßlose Gier vorzuwerfen, ist geradezu absurd, da „Gier“ – als die höchstmögliche Kapitalvermehrung – das Wesen des Kapitals bildet.

Dies gilt aber nicht nur für die Finanzbranche, sondern auch für die Warenproduktion. Wenn die Verwertung von Kapital in der realen, wahrenproduzierenden Wirtschaft stockt und zunehmende Verdrängungskonkurrenz die Renditen absenkt, dann strömt anlagewilliges Kapital nun mal in die Finanzmärkte. Generell gilt, dass Finanzexzesse auf eine Krise in der Warenproduktion hindeuten.

Somit schienen die rasch expandierenden Finanzmärkte die Rolle des beschriebenen Leitspektors der Wirtschaft einzunehmen, da der besagte Strukturwandel in der realen Wirtschaft nicht mehr funktionierte. Diese finanzielle Explosion ab den 80ern – und verstärkt ab den 90ern – des 20. Jahrhunderts war aber auf Dauer nicht tragfähig, obwohl selbstverständlich auch im Finanzsektor viele Arbeitsplätze geschaffen wurden. Dieses explosionsartige Wachstum der Finanzwirtschaft war auf Sand gebaut. Kapitalistischer, sich in Warenfülle äußernder Reichtum muss im Rahmen der dargelegten Kapitalverwertung tatsächlich erarbeitet werden. Die Finanzmärkte können zu diesem Prozess beitragen, indem sie Unternehmen Kredite gewähren, die zur Modernisierung der Produktionsanlagen

und/oder Ausweitung der Produktionsmengen verwendet werden.

Aufgrund der beschriebenen systemischen Überproduktionskrise in der realen Wirtschaft verlief die Expansion der Finanzmärkte hauptsächlich in eine andere Richtung: in die reine Spekulation, die letztendlich immer zur Blasenbildung führen muss. Wir haben es seit gut zwei Jahrzehnten mit einer Art Finanzblasenkapitalismus zu tun, der durch das Aufsteigen immer größerer Spekulationsblasen gekennzeichnet ist, die in ihrer Aufstiegsphase als regelrechte Konjunkturmotoren fungieren – und die beim Platzen immer größere Verwüstungen hinterlassen.

Hierbei handelt es sich um einen langwierigen Prozess, in dem die Abhängigkeit des Gesamtsystems von der Verschuldungsdynamik sukzessive ansteigt: angefangen von der Asienkrise Ende der 90er, über die Hightech-Blase von 2000, die 2008 geplatzte Immobilienspekulation, bis zur gegenwärtig zusammenbrechenden Liquiditätsblase. Dabei konnten bisher die verheerenden Folgen dieser zusammenbrechenden Spekulationsdynamik nur durch erneute Blasenbildung – durch eine blinde „Flucht nach vorn“ in weitere Spekulationsexzesse – hinausgezögert werden.

Zu guter Letzt einige anarchistische Ansätze zur Überwindung dieses unmenschlichen Systems:

Was sind nun die Perspektiven anarchistischer Politik? Welche konkreten Handlungsmöglichkeiten gibt es?

In Deutschland wurden gerade während der Alternativbewegungen der 1970er und 1980er Jah-

re viele Kollektive gegründet, um den normalen Arbeitsverhältnissen und der kapitalistischen Verwertungslogik zu entgehen. Oft konnten sich die Kollektive aber nicht durchsetzen oder haben sich den äußeren Bedingungen angepasst. 2001 kollabierte die argentinische Wirtschaft und nachdem reihenweise Betriebe geschlossen wurden und die Banken den Zugriff auf Ersparnisse verweigerten, entstand eine neue soziale Bewegung. Die Arbeiter*innen nahmen die Produktion in Selbstverwaltung wieder auf und viele dieser besetzten Betriebe existieren heute immer noch.

Der Grund warum sich soziale Bewegungen in Ländern die von solchen „Krisen“ besonders stark betroffen sind, wohl eher etablieren können liegt wohl im Gegensatz zu den meisten sozialen Bewegungen in Deutschland daran, dass es weniger um Selbstentfaltung als um die Existenzhaltung geht. Allerdings lässt sich auch beobachten, dass auch alternative Projekte schnell in den Kapitalismus integriert werden. Gerade das macht es schwierig zu beurteilen, ob dieser Versuch einer anderen Wirtschaftsform, nachdem sich die wirtschaftliche Situation wieder stabilisiert hatte, nicht schnell zu einem Symbol für die Flexibilität des Kapitalismus werden kann (siehe Oppenheimersches Transformationsgesetz).

Als anarchistische Perspektive muss Raum für eine Gegenökonomie geschaffen werden. Durch selbstverwaltete Betriebe lässt sich das jetzige System nicht überwinden, aber sie können dennoch eine langfristige Perspektive bieten, die der erste Schritt sein kann, um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel anzustreben. Es müsste in Angriff genommen werden, die Prinzipien von Selbstverwaltung und Ent-

scheidungen an der Basis umzusetzen und als ernstzunehmende Alternative zum Kapitalismus anzubieten. Sollte es gelingen, sich nach dem Prinzip der kollektiven Selbstversorgung in funktionierenden ökonomischen Zusammenhängen zu vernetzen, so könnte dies den Kapitalismus zurückdrängen und irgendwann ersetzen. Gerade während Krisen sind Menschen offener für Kritik und Alternativen, besonders wenn sie selbst davon betroffen sind. Bietet mensch konkrete Handlungsmöglichkeiten, sorgt das oft schon für einen Bewusstseinswandel. Es ist wichtig Öffentlichkeitsarbeit zu verrichten und an lokale dezentrale Kämpfe anzuknüpfen bzw. zu intervenieren und sich eigene politische und gesellschaftliche Strukturen aufzubauen. Nur dann kann es Ansätze und Perspektiven anarchistischer Politik geben, um dem kapitalistischen System entgegenzuwirken.

AN DER BEFREIUNG ARBEITEN



1. MAI 2015 IN DORTMUND

Soziale Proteste: Perspektiven und eigene Handlungsoptionen



★ Von: *Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB)*²

Der G7-Gipfel symbolisiert so viel von dem, was wir ablehnen. Der Gipfel an sich und die Politik seiner Protagonist*innen stehen unseren Ideen von einer herrschaftsfreien Organisation der Gesellschaft diametral entgegen: Aufgrund seiner hierarchischen Ausrichtung und dem Prinzip von Herrschaft einer kleinen Gruppe, die sich anmaßt, für den Rest der Bevölkerung zu sprechen und Entscheidungen zu treffen, welche direkt oder indirekt für die gesamte Weltbevölkerung fatale Konsequenzen haben - aufgrund der Sicherung und strategischen Ausweitung des Kapitalismus; aufgrund des weiterhin anhaltenden, staatlichen und strukturellen Ras-

sisimus; aufgrund der menschenfeindlichen Flüchtlingspolitik, ihrer Repression, des staatlichen Zwangs und der Unterwerfung der Gesellschaft unter kapitalistische "Sachzwänge". Aus gegebenem Anlass, nämlich der Ausrichtung des G7-Gipfels auf deutschem Staatsgebiet, werden Perspektiven sozialer Proteste anhand der G7 skizziert. Die G7 ist eine handelnde Gruppe von Staatschef*innen, die durch ihre Entscheidungen dazu beiträgt, dass der Kapitalismus am Leben bleibt und dadurch Armut, Ausbeutung und Unterdrückung aufrecht erhalten und verschärft werden. Dennoch: Der Kapitalismus mit allen seinen negativen Konsequenzen würde

auch ohne die G7 weiterbestehen. Unsere Proteste richten sich deshalb an die G7 als eine von vielen Strukturen im Kapitalismus. Die G7 ist dabei aber lediglich ein symbolischer Aufhänger, um unsere Systemkritik zu artikulieren. Wir wollen alle Herrschaftsformen als Ganzes überwinden.

Was tun gegen G7?

Der Anspruch unserer Kritik ist: gehört zu werden, sich zu verbreiten, Diskussionen auszulösen und zu Veränderung beizutragen. Daher muss die Kritik und der Protest gegen die G7 durch unsere Anwesenheit hör- und sichtbar gemacht werden. Wir wollen zahlreich am Ort des Geschehens, dem Schauplatz des diesjährigen G7-Gipfels, Schloss Elmau, in Erscheinung treten. Aber nicht nur als Masse, die ohne Inhalte ihre Ablehnung zur Schau stellt: Der Protest soll auch inhaltlich gefüllt sein, um uns und andere gegenseitig zu inspirieren; um andere an unseren Vorstellungen teilhaben zu lassen; um die Widersprüche und Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Normalzustandes zu entlarven und sichtbar zu machen.

Unser Ziel ist es, den Widerspruch zwischen der Politik der G7 und unseren Vorstellungen eines besseren Lebens aufzuzeigen und diesen Widerspruch an die Menschen und auf die Straße zu tragen. Doch wir haben nicht vor, beim Kritisieren stehen zu bleiben. Stattdessen gehen wir mit der Verbreitung unserer Ziele und Ideen einer besseren Gesellschaft entgegen. Wir stellen den herrschenden Zuständen unsere Ideen und Gegenmodelle einer herrschaftsfreien Gesellschaft entgegen. Dieses Gegenmodell ist für uns nicht nur Utopie, also ein höheres Ideal einer Gesellschaft, welche wir versuchen

zu erreichen: Es ist auch eine Matrix bzw. ein Raster, anhand dessen wir die jetzige Gesellschaft analysieren und kritisieren können.

Diese grundlegende Kritik geht aber stets einher mit der Arbeit für eine anarchistische Perspektive. Idealerweise durch die Verbindung unserer Inhalte mit unserem Handeln. Daraus ziehen wir die Notwendigkeit, Alltagsstrukturen selbstbestimmt zu gestalten und unsere Entscheidungsspielräume auszuweiten.

Lokale Strukturen aufbauen

Die Möglichkeiten praktischer Umsetzungen sind zahlreich: Durch selbstverwaltete, soziale Zentren schaffen wir Freiräume zur Entfaltung für uns und andere - Räume der Begegnung und des Austausches; in Kollektivbetrieben und Genossenschaften können wir den gleichberechtigten und solidarischen Umgang ohne Chef*innen in der Arbeitswelt erproben.

Aber: All diese Projekte müssen stets nach außen politisch oppositionell sein, sonst verlieren sie ihre revolutionäre Sprengkraft und werden längerfristig in die bestehenden, kapitalistischen Logiken integriert. Es gibt viele Beispiele für ehemalige libertäre Kollektive, die jetzt normale kapitalistische Läden/Betriebe/Bauernhöfe mit Chef*in sind und nach rein kapitalistischen Kriterien funktionieren. Diese aus unserer Sicht gescheiterten Projekte starteten alle mit hohen Ansprüchen und klaren politisch-ideellen Standpunkten. Die Entpolitisierung bei gleichzeitigen kapitalistischen Zwängen von außen und die zwischenmenschlichen Auseinandersetzungen im Kollektiv haben schon bei sehr vielen Projek-

ten die Ideale über Bord gehen lassen. Das heißt, dass wir den Protest gegen die G7 organisieren und voranbringen wollen. Gleichzeitig jedoch wollen wir den Protest paaren mit dem Aufbau anarchistischer und basisdemokratischer Strukturen, die darauf ausgerichtet sind, Politik im Alltag zu verankern und Utopie und Machtabbau im Hier und Jetzt voranzutreiben. Denn wir dürfen die langfristige Perspektive nicht ausblenden: Reines "Gipfelhopping" und Aktivitäten, welche auf ein paar großangelegte Termine im Jahr fokussiert sind, entfalten keine nachhaltigen Möglichkeiten zur Wirkung. Stattdessen schlagen wir kontinuierliche, lokale Organisation mit globaler Vernetzung durch die Entwicklung von und Mitwirkung bei lokalen Kämpfen und dem Aufbau von Gegenstrukturen zum Bestehenden vor: Lokale Organisationsformen wie kleine Gruppen und Projekte, die sich regional und darüber hinaus in Vernetzungen zusammenschließen und schließlich den weltweiten Austausch und Diskussionen mit anderen Organisationen pflegen.

Allerdings darf nicht vergessen werden, dass es bei all den schönen, alternativen Strukturen auch ein Leben außerhalb gibt: Das Leben von Leuten, die einfach nur am Malochen sind und nicht Teil eines Szenekiezies oder Landkollektivs sind. Diese bekommen von den linken Parallelwelten wenig bis gar nichts mit, sind aber regelmäßig handelnde Akteure in politischen Auseinandersetzungen.

Soziale Bewegungen in Deutschland?

Eine Frage, die sich innerhalb der außerparlamentarischen Linken in der BRD häufiger gestellt

wurde, ist der Umgang mit Protestbewegungen, die außerhalb der linken „Szene“ entstehen. In der Vergangenheit wurde sogar die Frage gestellt, ob eine deutsche Bevölkerung überhaupt eine soziale Bewegung hervorbringen kann, die nicht von rassistischen und antisemitischen Ressentiments durchdrungen ist und letztendlich wieder in Pogromen und einem braunen deutschen Volksmob endet. In der Tat scheinen die letzten Protestbewegungen, die in Deutschland entstanden sind, dieses Argument zu stützen:

In der deutschen Occupy-Bewegung durften sich Verschwörungstheoretiker*innen und Antisemit*innen breit machen, die sogenannten „Montagsdemos“ waren davon zwar ebenfalls betroffen, zeichneten sich allerdings darüber hinaus noch dadurch aus, dass bekennende Nazis und Rassist*innen eine Bühne bekamen; der aktuelle Höhepunkt wurde mit dem Aufkommen der PEGIDA-Bewegung erreicht. Der einzige, sich spontan konstituierende Protest gegen die herrschenden Zustände, welcher massiv aus der Bevölkerung Zulauf bekam, war rassistisch und reaktionär.

Auch auf europäischer Ebene sieht die Bilanz eher negativ aus. Stichwort: Ukraine. Da findet tatsächlich mal in einem Land ein erfolgreicher „Volksaufstand“ statt, der sogar zum Sturz der Regierung führte und trotzdem sind wir Anarchist*innen alles andere als zufrieden. Die einzigen, die wirklich vom Maidan profitiert haben, waren ukrainische Neonazis und Nationalist*innen. Diese konnten während des Protestcamps und den Straßenschlachten das Bild des Protestes dominieren und gehen massiv



gestärkt aus dem Umsturz hervor.

Alles in Allem scheinen also die Pessimist*innen Recht zu haben. Eine emanzipatorische und fortschrittliche Revolution scheint in dieser Gesellschaft nicht zu machen zu sein, jede Form des „systemkritischen“ Protestes scheint in menschenfeindlicher Propaganda zu münden.

Trotzdem verneinen wir diese pessimistische Sichtweise auf soziale Bewegungen und möchten an dieser Stelle ein Gegenbeispiel anführen, das uns alternative Handlungsmöglichkeiten aufzeigen kann.

Beispiel: Slowenien

Dieses Gegenbeispiel ist Slowenien. Bis vor Kurzem galt das kleine Land seinen Bewohner*innen als dasjenige der Region, bei dem Aufstände und Rebellionen am Unwahrscheinlichsten sind. Es gab nur eine kleine linke Szene; der relative Wohlstand und der vorherrschende Meinungskonsens hielten das Land und seine Bevölkerung in einem bürgerlichen Ruhezustand, der durch-

aus mit der Lethargie und Systemkonformität der deutschen Durchschnittsbürger*innen zu vergleichen war.

Die Witze slowenischer Aktivist*innen über die Aussichtslosigkeit anarchistischer Propaganda wurden jedoch vor kurzem ad Absurdum geführt: Zur Überraschung aller kam es in Slowenien zu einem spontanen Aufstand der Bevölkerung. Entzündet hatte sich der Protest an der Entscheidung des Bürgermeisters eines kleinen Dorfes. Dort sollte der komplette Ort mit Blitzern überwacht werden. Diese flächendeckende Verkehrsüberwachung mündete in kürzester Zeit in einem allgemeinen Aufstand der Bevölkerung, bei dem ganz prinzipiell die Politik der Regierenden als unzulänglich kritisiert wurde.

Die lokale anarchistische Bewegung reagierte auf den aufkeimenden Protest anders als in Deutschland üblich: Statt dem szenefernen und inhaltlich nicht 100%-ig übereinstimmenden Pro-



test fernzubleiben und die Proteste mit klugen Papieren zu kritisieren, nahmen die Aktivist*innen von Anfang an an den Protesten teil – und sie intervenierten. Jedes Mal, wenn irgendwo ein Mensch mit Nationalfahne auftauchte, gingen sie zu der jeweiligen Person und überzeugten sie, warum es auf so einem Protest scheiße sei, die Nationalfahne mitzubringen. Und jedes Mal, wenn irgendwo reaktionäre, nationalistische oder rassistische Demosprüche gerufen wurden, intervenierten sie und verwickelten die Betei-

hvorbrachte. Nun war es in Slowenien zwar nicht so, dass der Protest sich in eine anarcho-kommunistische Revolution verwandelte. Im Gegenteil: die Proteste flauten nach den Neuwahlen wieder ab und es ist, abgesehen davon, dass die regierende Partei eine andere ist, mehr oder weniger alles beim Alten. Anarchist*innen konnten das Kippen des Protestes in eine reaktionäre Bewegung verhindern und steht nun, nach den Protesten, deutlich gestärkt da. Die Bewegung erhielt starken Zulauf - es gibt sehr viele neue,



ligten in Diskussionen oder machten klar, dass solche Äußerungen im Protest nichts zu suchen hätten. Gleichzeitig klärten sie die Bevölkerung auf, warum es wichtig sei, sich bei Aktionen zu verummern, was für Schutz- und Selbsthilfemittel auf Demos nützlich sind; sie organisierten lokale Treffen für die Protestbewegung und versuchten eine Infrastruktur aufzubauen, die dem Protest die organisatorische Grundlage gab und gleichzeitig basisdemokratische Strukturen

anarchistische Gruppen in Slowenien und immer wenn im Land irgendwo protestiert wird, schaut die Öffentlichkeit zuerst: „Was sagen die Anarchist*innen dazu?“

Ukraine oder Slowenien?

Vergleichen wir die Ereignisse in der Ukraine und in Slowenien, so bleibt der Schluss: in Slowenien wurde sich beteiligt und gegen nationale und reaktionäre Kräfte interveniert. So wurde

aus dem Protest ein Mehrwert für die anarchistische Bewegung gezogen. In der Ukraine haben sich die anarchistischen Gruppen teilweise dem Protest ferngehalten und diejenigen, die mitgemacht haben, haben sich nicht deutlich genug von Nazis und Reaktionären abgegrenzt. Nicht zuletzt dadurch konnten die nationalistischen Kräfte in der Ukraine den Aufstand für sich vereinnahmen.

Doch was heißt das für die Beteiligung an sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik? Müssen wir nun jede, noch so dämliche Protestbewegung unterstützen? Sicherlich nicht. Die Montagsdemonstrationen und PEGIDA können nicht durch simple anarchistische Intervention zu positiven, fortschrittlichen Bewegungen umgepolt werden. Allerdings glauben wir, dass die Beteiligung an sozialen Bewegungen, die wirklich die Massen bewegen und nicht nur von ein paar Spinnern und/oder Neonazis organisiert werden, wichtig ist. Zwar ist Beteiligung und Intervention deutlich anstrengender als das Verfassen kluger Kritiken und eloquenter Dekonstruktionen - eine wirkliche Veränderung zum Guten ist aber nun mal nicht allein vom Schreibtisch aus zu errei-

chen. Unser Ziel muss sein, dass wir mehr werden, um das Bestehende zu verändern.

Ausblick

Aus den Protesten rund um den letzten G8-Gipfel in Deutschland 2007 ist einiges Positives entstanden: Es haben sich viele neue, regionale Gruppen gegründet, die zum Großteil bis heute aktiv sind. Ein Beispiel für den Aufbau einer überregionalen Vernetzung ist das Bündnis Interventionistische Linke, das sich im Rahmen der Vorbereitungen der Gegenproteste gegen den Gipfel 2007 in Heiligendamm gegründet hat. Der G7-Gipfel bringt zweifellos einige Effekte mit sich: politische Diskussionen über die Gesellschaft, die Rolle ihrer Repräsentant*innen und das Lösen gesellschaftlicher Probleme auf globaler Ebene sowie große mediale Aufmerksamkeit und eine Zusammenarbeit unterschiedlicher, emanzipatorischer Bewegungen und Strömungen. Wir wollen diese Effekte nutzen: Indem wir unsere Kritik unmissverständlich artikulieren und indem wir unsere Vorstellungen eines schöneren Lebens für Alle in den Blickpunkt rücken.

Audiobeiträge vom A-Radio Berlin

G7 Revisited Teil1 - Geschichte der Gipfel

https://archive.org/details/A-radioBerlin_g7Revisited_teil1_geschichteDerGipfel_jan15



Termine & Veranstaltungen

Mobi & Soli

27. März, 19 Uhr - Nürnberg
Mobivortrag , Projekt 31, Nürnberg
aufdersuche.blogspot.de

31. März, 19 Uhr - Dortmund, mit Küfa
Mobivortrag im Nordpol
afrheinruhr.blogspot.de

02. April, 20 Uhr - Bochum, mit Küfa
Mobivortrag im Sozialen Zentrum
afrheinruhr.blogspot.de

17. April, 19:00 Uhr - Essen. mit Küfa
Mobivortrag im Groundzero
afrheinruhr.blogspot.de

22. April, 19 Uhr - Mülheim
Mobivortrag im AZ Mülheim
afrheinruhr.blogspot.de

23. April - Ludwigsburg
Mobivortrag im DemoZ
lbquadrat.org

25. April, 19 Uhr - Krefeld mit Küfa
Mobivortrag im 35 Blumen
afrheinruhr.blogspot.de

03. Mai, ab 11 Uhr - im AZ Mülheim
**G7 - Aktionstag zur Vorbereitung auf die
G7 Proteste** afrheinruhr.blogspot.de

14. Mai, 19 Uhr - Duisburgr mit Küfa
Mobivortrag im Syntopia
afrheinruhr.blogspot.de

23 Mai - Frankfurt Oder
**Aktionstag: G7 Kapital, Nation, Herrschaft
– Eine Anarchistische Kritik der Groß-
mächte**
libertaereaktionffo.blogspot.de

20. Juni - im AZ Mülheim
Afterwork Soliparty Ruhrgebiet
afrheinruhr.blogspot.de

Aktionswoche

4. Juni . bis 5.Juni. - München
Alternativgipfel (Kongress) in München

6. Juni .Garmisch-Partenkirchen
Großdemo Garmisch-Partenkirchen

4. Juni . bis 8.Juni.
Camps und Aktionen vor Ort

7. Juni
Sternmarsch nach Elmau

Infos & Tipps

Was tun wenn's brennt - Rechtshilfetipps

<http://www.rote-hilfe.de/downloads/category/3-rechtshilfe-a-was-tun-wenns-brennt?download=2:was-tun-wenns-brennt-rechtshilfetipps-ausgabe-2011>



Antirepression - Kontakt zur Roten Hilfe

089 / 448 96 38 | antirep-g7@rote-hilfe | rote-hilfe.de

Demotipps für mobile Geräte und Smartphones

<https://digitalesgesellschaft.de/2014/08/demotipps-fuer-den-sicheren-umgang-mit-handys/>




**GAI DÀO
ABONNIEREN**

3 Monate:	6,00€ 7,50€	mind. 8,00€
6 Monate:	12,00€ 15,00€	mind. 16,00€
12 Monate:	24,00€ 30,00€	mind. 32,00€

(Preise: Prekür | Normal | Soli und zzgl. Versand)

Konto:
Be the media
Ktn.: 0004764986
BLZ: 83065408
Deutsche Skatbank

Für Spenden bitte einen entsprechenden Verwendungszweck angeben!

abo-gaidao@riseup.net
info@a4druck.ch (Schweiz)

Gruppen in der FdA-IFA

Anarchistisches Netzwerk Südwest:

www.a-netz.org - Kontakt: info@a-netz.org
alert|a Pforzheim: alertapforzheim.blogspot.de
Kontakt: alerta@kommunikationssystem.de
Anarchistische Gruppe Mannheim (AGM): anarchie-mannheim.de
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
Anarchistische Initiative Kaiserslautern/Kusel:
anarchistische-initiative-kl.blogspot.de
Kontakt: AnarchistischeInitiative@web.de
Anarchistisches Netzwerk Tübingen (ANT): ant.blogspot.de
Kontakt: anarchistentes-netzwerk-t@riseup.net
Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB)²: lbquadrat.org
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
Libertäre Gruppe Heidelberg (anarchieheidelberg.blogspot.de/)
Kontakt: Libertaeregruppe-hd@posteo.de
Libertäre Gruppe Karlsruhe (LKA): lka.tumblr.com
Kontakt: lka@riseup.net
Nigra: nigra.noblogs.org
nigra@riseup.net



Berlin/Brandenburg

Libertäre Aktion Frankfurt Oder <http://libertaereaktionffo.blogspot.de/>
Kontakt: libertaere-aktion-frankfurt-oder@riseup.net
Anarchistisches Kaffeekränzchen (Berlin): keine Internetpräsenz
Anarchistische Gruppe Neukölln (AGN): anarchistischegruppe.noblogs.org
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
Anarchistisches Radio Berlin: aradio.blogspot.de
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
GruppeX Berlin
Kontakt: afb@riseup.net

Dresden/ Leipzig

IK Dokumentation Dresden: libertaeres-netzwerk.org
AK Freizeit Dresden: libertaeres-netzwerk.org
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
Leipzig: asjl.blogspot.de
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net

Norden

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: nico-mynona@ok.de

Rhein / Ruhr

Anarchistische Gruppe östliches Ruhrgebiet (AGÖR): afrheinruhr.blogspot.de/category/agoer

Kontakt: agoer@riseup.net

ASJ Bonn: asjbonn.blogspot.de

Kontakt: asjbonn@riseup.net

Süd-Ost / Bayern

Auf der Suche (Nürnberg): aufdersuche.blogspot.de

Kontakt: aufdersuche@riseup.net

LAVA [muc] | libertäre antifa münchen: lava-muc.de

Kontakt: lava-muc@riseup.net

Zürich

Karakök Autonome Türkei/Schweiz: karakok.org

Kontakt: laydaran@immerda.ch

Druckereikollektiv A4 (Zürich): a4druck.ch

Kontakt: info@a4druck.ch

Assoziierte Projekte:

e*vibes – für eine emanzipatorische praxis (Dresden): evibes.blogspot.de

Kontakt: e_vibes@riseup.net

Anarchistisches Forum Köln anarchistischesforumkoeln.blogspot.de

Kontakt: a.f.koeln@riseup.net

Allgemeines Syndikat Dresden: www.fau.org/ortsgruppen/dresden

Kontakt: faudd@fau.org

Gruppen in der AFRR

Anarchistische Gruppe Dortmund (AGDO): ag-do.de

Kontakt: agdo@riseup.net

Libertäre Gruppe @us Bochum (LG@Bo) lgausbo.noblogs.org

Kontakt: lgausbo@riseup.net

Anarchistische Gruppe Krefeld: <http://agkrefeld.blogspot.de/>

Kontakt: agkrefeld@riseup.net

Einfach machen Duisburg

Kontakt: einfach.machen@riseup.net

Anarchistische Gruppe östliches Ruhrgebiet (AGÖR): afrheinruhr.blogspot.de/category/agoer

Kontakt: agoer@riseup.net

